wie in unserem Land im Moment die Gerichtsbarkeit an unseren Kreisgerichten aussieht. Es wird also hier ein langes Vakuum erstmal entstehen, da auch unserer Gerichte sich nicht in der Lage sehen, Verhandlungstermine anzuberaumen.

Unter den gegebenen Fragestellungen befürworten wir die Überweisung in die Ausschüsse.

Nun noch einige Ausführungen zu den Änderungen des Arbeitsgesetzbuches. Diese Änderungen sind ausgiebig in den Ausschüssen diskutiert worden, und es wurden auch, wie schon bereits genannt, etliche Veränderungen eingearbeitet.

Als Fraktion DBD/DFD begrüßen wir, daß unsere Forderungen aufgenommen wurden, wie es jetzt im § 58 Absatz 1 Buchstabe b) zum Ausdruck kommt, daß Frauen und Männer gleichgestellt sind.

Der Tatsache Rechnung tragend, daß in unserer Republik die Freistellung nach dem Wochenurlaub wahlweise ebenso durch Väter wahrgenommen werden kann, ist dementsprechend natürlich auch mit dem Kündigungsschutz Rechnung zu tragen, der in solchen Fällen nicht nur für Mütter, sondern auch für Väter zu gelten hat.

Diese Änderung entspricht nach unserer Meinung ebenfalls der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident de Maizière, nach der Mann und Frau in der Familie und im Beruf gleichgestellt sein sollen.

Ein einseitiges Festschreiben der Verantwortung der Frau für die Kinder und für die Familie würde bei Beibehaltung der Formulierung im ersten Entwurf bedeuten, daß nur noch die Mütter die Freistellung in Anspruch nehmen würden und damit die berufliche Entwicklung und Entfaltung der Frau in den Hintergrund gedrängt wird.

Weiterhin begrüßt die Fraktion DBD/DFD die zusätzliche Aufnahme der §§ 70 a und 70 b im neuen Entwurf, die analog den Regelungen des § 611 a und b des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechen und die Gleichstellung von Mann und Frau im Beruf gesetzlich fixieren. Hiermit wird einem wesentlichen Anliegen unserer Frauen, aber auch vieler Männer entsprochen, ebenso mit der Wiederaufnahme des § 240 AGB, welcher grundsätzlich die Arbeitgeber verpflichtet, solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, daß sich Beruf und Elternschaft der Arbeitnehmer vereinbaren lassen.

Unter den genannten Gesichtspunkten stimmt die Fraktion DBD/DFD dem Gesetzentwurf zu.

(Vereinzelt Beifall, vorwiegend bei DBD/DFD und PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun für die Fraktion Die Liberalen, Herrn Abgeordneten ... Entschuldigung! - Frau Abgeordnete Bencze, sind Sie bereit, eine Anfrage entgegenzunehmen?

(Zuruf der Abgeordneten Frau Bencze: Ja.)

Bitte.

Dr. Brecht (SPD):

Frau Abgeordnete Bencze! Ihre Ausführungen eben haben mich ein wenig überrascht. Sie sprachen von der Gleichstellung von Mann und Frau und betonten insbesondere die Verantwortung beider Eltern für die Kinder. Heute früh habe ich aus Ihrem Munde entnommen, und das hat mich sehr verwundert, daß Sie für den gemeinsamen Ausschuß für den § 218 fordern, daß darin Frauen dort dominieren sollen. Ich sehe darin einen Widerspruch. Ist das so?

Frau Bencze (DBD/DFD):

Ich hatte nicht gefordert, daß das Frauen zu bestimmen haben, sondern ich hatte gesagt, daß dieses Gremium mehrheitlich

durch Frauen besetzt werden möchte, aber nicht, daß es nur Frauen zu bestimmen haben.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke. Ich bitte Herrn Abgeordneten Kauffmann, das Wort zu nehmen.

Kauffmann für die Fraktion Die Liberalen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich beschränkend nur auf die Neufassung des Arbeitsgesetzbuches beziehen, weil ich der Auffassung bin, einige Ausführungen, die der Kollege Kröger heute hier gemacht hat, kann man nicht ohne weiteres stehenlassen. Für uns als Liberale ist die soziale Marktwirtschaft nicht nur ein Lippenbekenntnis. Wir sind ohne Wenn und Aber dafür und nicht in der halbschwangeren Form wie andere schon seit längerem davon geträumt haben. Dies bedeutet mindestens dreierlei - Gewerbefreiheit, Bewegungsfreiheit für Kapital, freier Arbeitsmarkt. Würde das Recht auf Arbeit in der Verfassung bzw. in Form eines Gesetzes festgeschrieben, erwiese es sich als ein Recht, das materiell nicht realisiert werden kann.

Die verfassungsmäßige Festschreibung des Rechts auf Arbeit war bei uns im Lande ein Mythos, gebunden an Voraussetzungen, die es praktisch nicht gibt. Mythen helfen nicht weiter, sie ruinieren, wie wir erfahren haben. Zwei Aspekte heben wir Liberale jedoch hervor: Eigentum verpflichtet und die Sozialpartnerschaft. Es ist auch unser Anliegen, nicht nur als Interessenvertreter der Wirtschaft als Liberale dazustehen, sondern wir betonen ganz eindeutig und bewußt, daß wir uns auch sozialen Belangen unserer Bürger verpflichtet fühlen.

In der Sozialpartnerschaft sehen wir eine wichtige Grundlage - neben dem privaten Eigentum - zur funktionierenden Marktwirtschaft. Wir sind auch der Auffassung, daß eine wirkliche Sozialpartnerschaft einer starken Wirtschaft bedarf. Woher sollen sonst die Mittel kommen? Beispielhaft sind nach meiner Auffassung dabei 4 Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland.

Die Sozialpartnerschaft bedeutet Zusammenspiel von Kapital und Arbeit, was handlungsfähige Gewerkschaften und Tarifautonomie voraussetzt. Statt ein nicht einklagbares Recht auf Arbeit, in dem hier kritisierten und daher abzulehnenden Sinn zu postulieren, orientieren wir auf qualifizierte Berufsausbildung, was gute deutsche Tradition ist, auf berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten, geboten vor allem von den Unternehmen, gefördert durch Republik, Länder und Kommunen, festgeschrieben in Gesetzen, auf Disponibilität fußend, auf Ausbildung und Fortbildung und nicht zuletzt auf der Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten zu eben dieser Disponibilität, auf Ausgestaltung des Arbeitsrechts und flächendeckende Arbeitsvermittlung.

Richtig wurde vom Abgeordneten Kröger hingewiesen, auch von anderen, daß Regelungen, die bei uns bislang gültig waren, beibehalten werden, ich erspare mir die einzelne Aufzählung, und die in ihrem Kern über das, was bundesdeutsche Rechtsprechung anbelangt, hinausgehen. Ich halte das für erwähnenswert. Sicherlich - leider ist jetzt der Kollege nicht da, der vorhin vehement und auch in meinem Sinne davon gesprochen hat, daß über die Fraktion hinaus eine Zusammenarbeit erforderlich ist. - Ich würde gern mal ein Beispiel aus dem Ausschuß Arbeit und Soziales hier anfügen. Der Kollege Täschner vom Bündnis 90/Grüne und ich, wir haben gemeinsam zwei Anträge eingebracht. Ich denke, das ist im Sinne derer, die uns hierher gewählt haben, gehandelt und zu deren Vorteil. Ich meine, es sollte künftig so gehandhabt werden, daß, wenn es um Vorteile für unsere Bürger geht, man auch über die Fraktionen hinaus den Streit untereinander vergißt. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Wähler uns hierher gestellt hat, daß wir begründen, warum wir wen und wann oder auch nicht eventuell wo umarmt haben.

(Vereinzelt Beifall)